

Uradrucker Zeitung.

Pränumerations-Preise:

Für Urad:	
Ganzjährig	12 fl. — fr.
Halbjährig	6 — —
Vierteljährig	3 — —
Mit täglicher Postverendung:	
Ganzjährig	14 fl. — fr.
Halbjährig	7 — —
Vierteljährig	3 — 50 "

Das Abendblatt pr. Quartal 1 fl. 6. 28.

Redaktion
im Winckler'schen Neugebäude, 1. Stock
Expeditions- u. Insertions-
Bureau:
Hauptplatz, H. Goldschneider's Buchhandlung.
Einsendungen für das „Journal Urad“
u. dgl. werden mit 20 Nkr. die Zeile
berechnet.
Manuskripte werden nicht zurücker-
hatten.

Nro. 123.

Montag den 27. Mai 1861. (Abendblatt.)

X. Jahrgang.

Die Adressdebatte im Unterhause.

S. C. West, 25. Mai. In der heutigen Unterhausung zeigte der Präsident die Kopie der Repräsentation an, in welcher das Dobosker Komitat Sr. Majestät bittet, die fremden Regierungsmänner in die ungarischen Angelegenheiten sich nicht einmischen zu lassen, und die siebenbürgischen Volksvertreter auf den ungarischen Landtag einzuberufen. Große Entrüstung erregten die Zuschriften des Sárosker und des Graner Komitats, und der Stadt Gran in Angelegenheit der Steuereintreibung. Letztere Zuschrift enthält mehrere Details, wie z. B. daß eine schwangere Frau mit ihrem kleinen Kinde aus ihrer Wohnung verdrängt wurde, und genöthigt ist, bei anderen Leuten Obdach zu suchen. Auf den Antrag Franz Kubinyi's wird die Entrüstung des Hauses über die gemeldeten Ausschreitungen zu Protokoll genommen. — Mehrere neue angekommene Deputirte als Pappovics (vom Nádnaer Bezirk) Mocsáry, Frideczky, László und Urházy wurden auf Grund des Verifikationsberichtes als verifizirt erklärt. — Die behufs der provisorischen Regulirung der Justizpflege ernannte Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Gabriel Klauzál, Baron Josef Götvös, Ladislaus Szalay, Paul Nyári, Georg Lukács, Georg Bartal, Koloman Tísa, Gedeon Tanárky und Moriz Pap. In der Fortsetzung der Adressdebatte sprach zuerst Ludwig Benizky für den Beschluß. Er ließ sich über die Stiefmütterlichkeit aus, mit welcher während der verfloßenen 12 Jahre besonders Oberungarn behandelt wurde, indem man es aus dem Eisenbahnen ganz wegließ. Ferner wies er mittelst Zahlen nach, wie sehr die österreichische absolute Regierung den ungarischen Bergbau vernachlässigte; den 400,000 fl. betragenden Bergbau-Reservefond, der aus barem Gold und Silber bestand, wechselte dieselbe in Staatspapiere um; die Produktion wurde überall behindert, die dem Bergbau reservirten Wälder wurden konfiszirt u. s. w. Dieser Vortrag ward mit Beifall aufgenommen. — Emil Zekelsalus schilderte den Patriotismus der Zipser Deutschen, und setzte auseinander, daß das im Jahre 1854 eingeführte Bergbaugesetz den Bergbau so sehr herabgebracht hat, daß im Schmölzinger Bezirk von 800 Gruben 400 vernachlässigt sind. Er stimmt für Adresse. — Gedeon Tanárky weist nach, daß die österreichisch-tyrannische Regierung, nicht allein das Metallgeld in Papiergeld umwechselte, sondern auch den Geist durch schändliche Surrogate tödten wollte, und hier ließ er sich über die Verfehrtheiten des Thun'schen Unterrichtssystems aus, welches sogar den Unterricht in der vaterländischen Geschichte verbot. Er setzte auseinander, daß sowohl die ungarischen Regierungsmänner durch namhafte Selbstaufopferung, als auch die Komitate nur dahin strebten, die unterbrochene Rechtskontinuität wieder in's Leben einzuführen. Dieser Weg müsse auch auf dem Landtag beibehalten werden, und unmittelbar nach der Eröffnung des Landtags würde auch er für die Adresse gestimmt haben; aber nach der im Mai gehaltenen Thronrede des Kaisers sei dies unmöglich, und er werde so lange für Beschluß stimmen, so lange die österreichischen Minister ihre Träume nicht ausgeschlafen haben und einsehen, daß die Verschmelzung der österreichischen Monarchie — wenn auch mit einem konstitutionellen Anschein — in der That nur ein Traum sei. Mihályi skizzirt die Situation der Ungarn und der Siebenbürger Rumänen und stimmt für Adresse. — Domahidy motivirte sein Votum für Beschluß in einer blumenreichen Rede; der Berichterstatter des „Sürgöny“ rechnet ihm nach, daß darin das Wort Vliiz zehnmal, sich schlängeln siebenmal, und Sturm achtmal vorkam. Ragályi Ferdinand trug in einer von allgemeinem Beifall begleiteten Rede die Gründe vor, wegen welcher er zu der gegenwärtigen österr. Regierung kein Vertrauen haben kann. Er trug vor, daß der Landesfürst im Diplom vom 20. Oktober Vertrauen erwartet und fordert, und schon in der im Mai erfolgten Thronrede die Hoffnung ausdrückt, daß auch die Ungarn das Patent vom 26. Februar annehmen werden. Aber zu dieser Hoffnung fügt er sogleich hinzu, daß er es, wenn sie es nicht annehmen werden, mit Gewalt durchzuführen wolle. Mit dieser Drohung im Einklange steht die Gefangennahme Asóth's und die Qualität der Mitglieder der königlichen Kurie. Die Proklamation Benedek's, die gewaltsame Eintreibung der Steuern, welche keinen andern Zweck hat, als die Revolution zu beschleunigen, seien lauter Momente, welche

das Vertrauen ertöden. Er stimmt indeß für die Adresse, weil er demjenigen Auge in Auge gegenüber stehen will, welcher der Veranlasser all' dieser Uebel ist; er glaubt, die Adresse werde nur im Fall des Erfolges eine Adresse, sonst aber eine Angesichts Europas gegen die österr. Regierung gerichtete Anklage sein. (Beifall.) — Ladislaus Tísa erging sich in einer langen Rede über die Keiden Siebenbürgens und stimmte für Beschluß. Die Adresse nannte er eine Selbstdemüthigung, was von einem großen Theil des Hauses mit Murren aufgenommen wurde. — Die Debatte wird Montag fortgesetzt.

P. C. Wien, 25. Mai. Es macht sich fort und fort in den Kreisen der Abgeordneten der Gedanke geltend, daß eine Wiederaufnahme der Sitzungen schon am 27. d. so ziemlich unpraktisch sein würde. Die verschiedenen Kommissionen haben, mit Ausnahme der über den Litwinowicz'schen Antrag bezüglich der Taggelder, ihre Arbeiten nicht beendet, so daß es eigentlich an einem Substrat zu den Beratungen fehlt und man zieht ferner in Berücksichtigung, daß bevor man eine Gewißheit darüber hat, wie man eigentlich zu Ungarn steht, bevor über die Kompetenz des Reichsrathes entschieden sein wird, dieser nicht sogleich an die dringenden Reichsangelegenheiten gehen kann. Man würde also wünschen, daß die Regierung die Initiative ergreift und von ihrem Rechte den Reichsrath zu vertagen Gebrauch macht. Wird dies nicht geschehen, so denkt man daran, Montag den Antrag auf längere Vertagung zu stellen. Das Abgeordnetenhaus befindet sich eben in einer einigermassen komischen Situation. Am 27. hat er über die Ertheilung von Taggeldern zu beschließen und dann soll er sich, nachdem jeder der Abgeordneten 10 fl. täglich bewilligt haben, also für die materielle Existenz seiner Mitglieder ausreichend gesorgt haben wird, gleich wieder vertagen.

In der Kommission über die Taggelder der Deputirten wüthete wieder der alte Streit zwischen Zentralisten und Föderalisten und erstere behaupteten, daß die Abgeordneten, Abgeordnete des Reichs, letztere dagegen, daß sie Deputirte der Landtage sind. Im ursprünglichen Entwurfe stand, daß die Taggelder u. s. w. aus Reichsmitteln bezahlt werden sollen, was als allzu zentralistisch beanstandet wurde. Nach längerem Streite wurde der Ausweg gewählt gar nicht bestimmt den Fond zu bezeichnen, aus welchem die Kosten zu entnehmen sind.

Die Kommission zur Prüfung des Gesetzes über die Aufhebung des Lehensbandes soll mit dem Regierungsentwurfe durchaus nicht einverstanden sein. Wie wir hören, wird sich die Kommission wahrscheinlich dahin einigen, das große Gesetz mit seinen vielen Paragraphen zu streichen und folgendes Gesetz vorzuschlagen: 1. Das Lehensband wird aufgehoben. 2. Der Lehensherr ist zu entschädigen. 3. Die Landtage bestimmen das Maß dieser Entschädigung in jedem Kronlande. Die Regierung würde also da eine Niederlage erleiden.

Der ungarische Hofkanzler Herr Baron Bay, welcher bei seiner Abreise die Weisung zurückließ, daß er Freitag zurückkehren werde, ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Man erwartet seine Ankunft erst Montag Abends. — Montag den 27. findet eine Sitzung im Abgeordnetenhause statt.

Der k. k. Gesandte, Graf Karolyi, ist heute nach Berlin abgereist. — Minister Graf Szécheny ist gestern von Pest zurückgekehrt, und hatte heute Kubinyi bei Sr. Majestät. — F. M. Graf Haller, früher ad latus des ungarischen Gouvernements ist heute von Ofen abgereist.

Die heutige Generalversammlung der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft war sehr wenig besucht. Das Wesentlichste ist, daß mit der Finanzverwaltung Zusatzbestimmungen zum Garantie-Vertrage von 1857 vereinbart wurden. Demzufolge wird ein jährl. Betrag von 325000 fl. zur Einlösung von 1000 Aktien durch 12 Jahre hindurch verwendet, wonach 12000 Aktien im Betrage von 6 Millionen E. M. amortisirt werden. Für die nächsten 6 Betriebsjahre darf kein höherer Betrag als 1,475,000 fl. für Reparaturen und Nachschaffungen angerechnet werden. Die Tilgung der schwebenden Schuld ist zu beschleunigen und in 6 Jahren auf 1 1/2 Millionen zu reduzieren, u. s. w. Der Entwurf wurde ohne Spezialdebatte angenommen. Von der Superdividende werden 2 fl. 52 1/2 kr. ö. W. in Abzug gebracht, um die stipulationen des Entwurfs einhalten zu können; es kommen

dennach 23 fl. 20 kr. im September zur Vertheilung. Alle Anträge der Administration wurden einstimmig gebilligt. An Stelle des verstorbenen Betriebsdirectors wurde Herr Cassian ernannt.

In Feldkirch ist wegen der daselbst vorgekommenen religiösen Umtriebe eine behördliche Untersuchung eingeleitet und sind die Akten bereits dem Kriminalgerichte übergeben worden. Man will wissen, daß geistliche Personen dabei gradirt seien.

* Urad, 29. Mai. (Zur Situation.) Die Adressdebatte im Unterhause, welche nun bereits 14 Tage währt, ohne daß noch irgend eine Motion vorliegt, welche auf deren Schluß anträgt, fängt bereits an ermüdend, sowohl auf den Landtag selbst als auf die Bevölkerung zu wirken. Die großen Reden, welche uns die Pester Blätter täglich bringen, werden nun nicht mehr mit der Eier verschlungen, wie dieses Anfangs der Fall war und die Debatte erregt kaum mehr Interesse. In unserer vorwärts drängenden Zeit, wo der langsame Gang eines gemischten Eisenbahnzuges von dem Reisenden schon als eine Kalamität betrachtet wird, wo man staunt, wenn die Antwort auf eine telegraphische Anfrage nach Pest oder Wien länger als eine Stunde ausbleibt, kann man sich auch mit der Verschleppung von Landtagsverhandlungen — namentlich wo eine Unzahl brennender Fragen von dem gesetzgebenden Körper eine schleunige Lösung erwartet — nicht mehr befreunden, und wenn die ferneren Redner in der Adressfrage auch lauter Cicero's und Demosthenese wären, sie würden kaum mehr ein größeres Interesse wachrufen. Darum wäre es unsere unmaßgebliche Ansicht: daß das Unterhaus dem Wunsche des ganzen Landes entgegenkommen möchte, wenn es seine Berathung über die Adresse schloß, umso mehr als die im Laufe der Debatte aufgetretenen mehrfachen Zusatzanträge ohnedies noch Gegenstand längerer Verhandlungen bilden werden. — Die Steuer- und Justizfrage, welche auf die nächste Tagesordnung gesetzt sind, bedürfen im Interesse des ganzen Landes, welches durch die herrschenden Anomalien so sehr leidet, einer raschen und glücklichen Lösung. Endlich wird noch Ueberreichung der Adresse in Folge der von Sr. Majestät erfolgenden Antwort und der Vorlage der königl. Propositionen der Landtag selbst über seine Stellung zur Krone aufgeklärt sein und das Land zu beurtheilen wissen, ob Hoffnung zu einem befriedigenden Ausgleich, zu einer weiteren Thätigkeit der legislativen Gewalten vorhanden ist, oder nicht. Die Unsicherheit — das ist ja allbekannt — wirkt auf die allgemeine Lage lähmender und drückender, als die fürchterlichste Gewißheit!

Die Reise des Baron Bay nach Pest wird auch von Wiener Blättern vielfach kommentirt. Das „Vaterland“ glaubt folgendes als das Richtige angeben zu können: „Der ungarische Kanzler hat keineswegs eine Reise nach Ungarn unternommen, um seine Güter zu besuchen, vielmehr ward er zu der Reise nach Pest durch das bekannte Telegramm veranlaßt, welches die Sistirung der Steuereintreibungen meldete. Da der darin angeordnete Modus dem Herrn v. Bay als ein solcher erschien, welcher einen Ausweg, wenigstens aus dieser Komplikation in Aussicht zu stellen schien, wollte er an Ort und Stelle und in Verbindung mit den bereits in Pest befindlichen Mitgliedern der ungarischen Regierung (Apponyi, Majláth) sich die nöthige Orientirung holen. Die Sachlage stellt sich aber folgendermaßen heraus: Eine von Wien ausgegangene allgemeine Verordnung, die Steuereintreibungen unter Assistenz der Militärgewalt einzustellen, existirt allerdings nicht, wohl aber sind Deák und einige andere leitende Männer in Pest durch die getroffene Maßregel, die Finanzbeamten der Militärautorität unmittelbar zu unterstellen, veranlaßt worden, bei der Statthalterei Schritte zu thun, um eine Vereinbarung in der äußerst bedenklichen Steuerangelegenheit anzubahnen; sie glauben den Landtag bewegen zu können, eine Bürgschaft behufs Deckung des Steueransfalls in irgend einer Weise zu übernehmen, falls die Steuereintreibungen sistirt würden und damit die Aussicht schwände, neben der Zentralverwaltung und dem Landtage eine dritte, von beiden ganz unabhängige und an ein rasches Durchgreifen gewöhnte Behörde auf den Schauplatz treten zu sehen. In der Ansicht nun, daß dann erst recht jede Aussicht auf eine Verständigung abgeschnitten sein würde, begegnen sie sich mit der ungarischen Kanzlei, und in diesem Sinne sind im Augenblicke die Herren von Bay und Graf Apponyi in Pest thätig.“

Der Wiener Correspondent des „Sürgöny“ schreibt über denselben Gegenstand Folgendes: „Ob die Abreise des Kanzlers nach Pest von so großer Bedeutung sei, wie es unter den obwaltenden Umständen den Anschein hat, kann ich in diesem Moment nicht sagen. Von großer Bedeutung mag es jedenfalls sein, wenn jener Patriot, welcher die schwere Vermittlerrolle zwischen dem Fürsten und der Nation spielt, mit den Vertretern der letztern in Berührung kommt, und sowohl diese, als auch den Fürsten über den Stand der Dinge und die obwaltenden Schwierigkeiten aufklärt. Gebe Gott, daß es dem ausgezeichneten Patrioten gelinge, den Frieden zwischen den Fürsten und der Nation herzustellen, und so das Werk glücklich zu Ende zu führen, welches er in reinem Selbstbewußtsein begonnen hat, und trotz aller Schwierigkeiten und Mißverständnisse unermüdet fortsetzt.“

Nach einem Leader der gestrigen „Presse“ wäre der Bestand des Schmerling'schen Kabinetts keineswegs in Frage gestellt. Nach der Meinung dieses Blattes sollte das Ministerium, indem es die Zumuthung einer einseitigen Verfassungsänderung von sich weist, die Verhandlung zwischen Ungarn und dem übrigen Oesterreich in die Hände der Reichsvertretung legen. „Ungarn aber“, heißt es weiter — wenn es nach Jókai's staatsmännischen Worten noch an Berechtigung der Existenz der Leute diesseits der Leitha glaubt, wird, wofern es überhaupt nur verhandeln will, bereitwilliger als mit den Ministern, mit einer Deputation des Reichsraths in Verbindung treten. Hält sich das Ministerium streng in den Grenzen seiner exekutiven Gerechtigkeiten, und überläßt es den legislativen Organen beider Theile der Monarchie die selbstständige Durchführung eines letzten Versuches, ihr Verhältniß zu einander zu regeln, so droht ihm also selbst aus der so schwierig gewordenen ungarischen Angelegenheit keine Gefahr — vorausgesetzt immer, daß wir ein konstitutionell geregelter Staat sind.“

In englischen Mättern erfreut sich der Adressenwurf Deak's einer sehr günstigen Beurtheilung. Namentlich bespricht die „Times“ denselben im Tone warmer Anerkennung. „Wir haben niemals“, sagt sie, die ungarische Frage so ruhig, klar und bestimmt dargestellt gesehen. Die Beweisführung ist eine streng und rein konservative. Herr Deak verlangt keine Neuerungen, sondern will nur bereits vorgenommene Neuerungen wieder aufheben. Die österreichische Camarilla ist es, welche die Revolution vertritt. Ungarn steht auf seinen Rechten, seinem Herkommen und seinen Staats-Grundgesetzen. Es braucht sich keine Prinzipien von Rousseau oder Jefferson zu borgen. Es verlangt nichts, als was ihm von Rechtswegen gehört, und wenn der Kaiser ihm das geben will, so ist es bereit dem Kaiser zu geben was des Kaisers ist. Unmöglich kann eine Nation einen höheren oder besser gewählten Standpunkt einnehmen. Es sind hier die Sympathien der Freunde der Freiheit und der Ordnung, der begeisterten Anhänger des Fortschritts und derer vereinigt, welche mit der ängstlichsten Gewissenhaftigkeit am Buchstaben alter Satzungen festhalten. Wir können nicht daran zweifeln, daß der Landtag die Worte eines solchen Mannes guthießen wird, und daß dem Kaiser in dieser Rede das wohlwogende Ultimatum der ungarischen Nation vorliegt. Was aber hat er allen diesen gerechneten Verträgen, diesen alten und unbestreitbaren Rechten entgegenzustellen? Nichts als materielle Gewalt, dabei Zwiespalt im Rathe, ein entmuthigtes Heer, ein unzufriedenes Volk und einen bankrotten Staatsschatz. Gab es je einen Wahnsinn, gleich jenem, welcher mit solchen Hilfsmitteln aus einem solchen Kampfe siegreich hervorzugehen hofft? Oesterreich will aber immer noch Oesterreich bleiben!“

Aus Prag, 24. Mai, wird geschrieben: „Der Trauergottesdienst für Teleki, welcher morgen in der Kirche der hiesigen protestantischen Gemeinde helvetischer Konfession abgehalten werden sollte, und zu welchem die in Prag lebenden Magyaren bereits die behördliche Bewilligung erhalten hatten, wurde von dem Superintendenten dieser Gemeinde untersagt, was die Theilhaber so unangenehm berührte, als sie ihr Ehrenwort einsetzten, daß jeder demonstrative Charakter der Feier streng vermieden wird, und sie das Programm so stellen, daß die Gesänge czechisch, die Predigt aber deutsch sein sollten, als es endlich überhaupt dem Superintendenten nicht zukommt, eine Feier dieser Art zu verbieten.“

Ein Allerhöchstes Handschreiben an den Patriarchen Rajacic, welches die „W. Z.“ an der Spitze ihres amtlichen Theils veröffentlicht, lautet wie folgt: Lieber Patriarch und Metropolit Freiherr v. Rajacic. Um Ihnen einen neuerlichen Beweis Meiner besonderen Huld und unanverwahrten Wohlgeogenheit, sowie Meiner Anerkennung Ihrer hervorragenden Verdienste zu geben, verleihe Ich Ihnen aus Anlaß Ihres bevorstehenden Priester-Jubiläums das Großkreuz Meines Leopold's-Ordens taylor, indem Ich Ihnen zugleich Meine Glückwünsche entsende. Wien, am 23. Mai 1861. Franz Joseph m. p.

Aus Paris, 22. Mai wird gemeldet: Das Ereigniß des Tages ist die Wahl des Prinzen Napoleon

zum Großmeister der Freimaurer in Frankreich an die Stelle des Prinzen Murat. Das Wahl-Resultat wurde heute Nachmittags bekannt. Das Schreiben des Prinzen Napoleon, welches dem Prinzen Murat so sehr mißfallen hat, lautet wie folgt:

An die Ehrwürdigen des Großen Orient. Meine Herren! Ich habe den Brief erhalten, worin Sie mir Ihre Stimmen für die Erwählung zur Würde eines Großmeisters Ihres Ordens anbieten. Ich fühle mich durch diesen Beweis Ihres Vertrauens geschmeichelt. Wegen der Verwandtschafts- und Freundschafts-Bande, die mich an den Prinzen Lucian Murat fesseln, konnte ich nicht als dessen Mitbewerber auftreten. Heute muß der Brief, von so vielen Ehrwürdigen unterzeichnet, die behaupten, sie wollten nicht mehr für den jetzigen Großmeister stimmen, meinen Beschluß ändern, und ich wünsche, daß Sie wissen, daß ich die Wahl, wenn sie auf mich fällt, annehmen werde.

Zwei Drittel der Stimmzettel lauteten zu Gunsten des Prinzen Napoleon. — Großes Aufsehen erregt heute hier eine Petersburger Depesche mit der Meldung, daß die russische Regierung gegen die Räumung Syriens protestire. Man schließt daraus, daß Frankreich und Rußland sich jetzt in der orientalischen Frage geeinigt haben. Besondere Beachtung verdient deshalb auch die Nachricht, daß die russische Flotte, die sich an die syrische Küste begeben soll, am 25. Kronstadt verlassen wird. Die französische Flotte wird noch Verstärkungen erhalten, u. A. das Linienschiff „Alexandre“, das sich noch in Toulon befindet. Falls ernste Ereignisse eintreten sollten, wird die englische Flotte wohl einen schweren Stand haben. Einstweilen haben die Kommandanten der drei Flotten, wie die „Patrie“ versichert, für den Fall, daß es in Syrien zu neuen Unruhen kommen sollte, identische Instruktionen. — Der hiesige Hof begibt sich erst nächsten Dienstag nach Fontainebleau. — Die erste Division der Armee von Paris ist heute nach dem Lager von Chalons abgegangen. — Am 14. landeten wieder türkische Truppen in Antivari. Die der griechischen Religion angehörnden Bewohner der Herzegowina fangen jetzt ebenfalls an, zur römisch-katholischen Kirche überzutreten. — Die gerichtliche Untersuchung in der Affaire Mirès ist beinahe beendet. Dieselbe soll Mitte nächsten Monats, man weiß noch nicht, ob vor die Assisen oder das Zucht-polizeigericht kommen.

Paris, 23. Mai. Eine Privatdepesche aus Konstantinopel meldet, daß die internationale Kommission in ihrer ersten Sitzung vom 22. Mai sich bereits über folgende zwei Punkte geeinigt hat:

1. über die Einführung eines einzigen Gouvernements,
2. über die Ernennung eines christlichen Gouverneurs.

Der Staatsrath beschäftigt sich eben mit dem neuen Preßgesetzentwurf. Er wird nächste Woche dem gesetzgebenden Körper vorgelegt.

Der Bericht der Budgetkommission kommt morgen an den gesetzgebenden Körper.

Turin, 20. Mai. Die „Perseveranza“ ist ermächtigt, zu erklären, es sei nicht wahr, daß Kossuth an Teleki einige Tage vor dessen Tode ein Schreiben gerichtet und ihm angezeigt habe, die auswärtigen Kabinete zeigten wenig Neigung, die ungarische Bewegung zu unterstützen. Die „Perseveranza“ fügt hinzu, Teleki habe sein Wort gegen den Kaiser von Oesterreich, er werde alle Verbindung mit der Emigration abbrechen, nicht gebrochen; auch würden seine Freunde nicht gebuldet haben, daß er in die Lage versetzt worden wäre, seiner Zusage untreu werden zu müssen.

Aus Turin, 21. Mai, wird geschrieben: „In Kurzem wird Graf Cavour die Welt mit einem neuen Altkensiede bereichern, da derselbe bereits in einer Note an die Vertreter Piemonts im Auslande arbeitet, so wie zu beweisen suchen wird, daß die piemontesische Regierung durchaus nicht Schuld an den Unordnungen trage, welche im Königreiche beider Sizilien vorgefallen, und daß selbst der Geist der Unzufriedenheit, welcher in der Lombardei und im Modenesischen herrsche, nicht der königlichen Regierung zur Last falle. Für die Gräueltaten in Neapel wird natürlich der König Franz II. und für die dortigen in der Lombardei und Modena der Kaiser von Oesterreich und der Herzog von Modena verantwortlich gemacht. Interessant bleibt es jedoch immer, daß Graf Cavour selbst die Unzufriedenheit in den Ländern Piemonts konstatiert, nur hätte er, um das bald auszuführen, auch des Unwillens in Toscana, der Romagna, Parma und selbst in den alten Erblanden mit seiner Regierungsmethode erwähnen sollen.“

Mit der ungarischen Revolution und Emigration hat sich unsere Regierung auf einen etwas kühlen Fuß gesetzt, da diese die in sie gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt hat. Kapla hatte vor seiner Abreise nach Caprera eine längere Unterredung mit Cavour, von der er sehr mißvergnügt zurückkehrte, und der Zweck seiner Reise nach Caprera ist auch bloß jener, die Hilfe Garibaldi's anzurufen. Kossuth war auch hier, und der bekannte Brofferio gab ihm zu Ehren ein Dinner, zu welchem nebst einigen Mitgliedern der ungarischen Emigration mehrere entschiedene Freunde und An-

hänger Mazzini's geladen waren. Kossuth beklagte sich über die geringe Unterstützung der piemontesischen Regierung und lobte den Mazzinismus auf deren Kosten. Brofferio antwortete, natürlich ganz im Sinne Mazzini's, und es wird nun von einem Schutz- und Trugbündniß zwischen Kossuth und Mazzini gegen Cavour gesprochen. Ueber dem Haupte Cavour's sammeln sich überhaupt mehrere Gewitterwolken von Seite des partito dell' azione, und es macht ihn dieses und dessen steigende Macht viel zu schäffen.

Turin, 22. Mai. Kossuth ist gestern Abends wieder nach Mailand abgereist. Im Gasthose Trombetta, wo er abgestiegen war, hatten sich mehrere seiner ungarischen Freunde versammelt, um sich über die in der nächsten Zukunft zu beobachtende Haltung zu verständigen und die vor Kurzem in Sant' Eremo im Neapolitanischen stattgefundenen Vorfälle zu verifiziren. Ein Ungar ist nach Caprera abgegangen, um Garibaldi zur Vermählung seiner Tochter Glück zu wünschen und derselben im Namen der ungarischen Flüchtlinge ein Armband zu überbringen.

Ein Telegramm aus Turin, 24. Mai, meldet: „Der gewählte Kammerausschuß für die organischen und administrativen Geseze hielt gestern eine Sitzung behufs einer Vereinbarung mit dem Minister des Innern bezüglich der Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Präfekten und Gouverneure in Neapel und Sizilien. Derselbe ernannte eine aus Ricasoli, Lanza und Audinot bestehende Kommission, um mit dem Minister des Innern zu verathen. In Mailand wurden gestern Abend und heute neue Verhaftungen vorgenommen. Ein Leitartikel der heutigen „Opinione“ bespricht die Weigerung eines großen Theils des Klerus an Nationalitätstheil zu nehmen, was auf die Absicht dieses letzteren hindeutet, die geistliche Autorität von der bürgerlichen zu trennen. Die Regierung wird daher angefordert, die Rechte der Bürger sicher zu stellen, Gewissens- und Kultusfreiheit zu sanktioniren, die Giltigkeit der Civilehe zum Geseze zu erheben, und die Civiltandsregister aus den Händen der Geistlichkeit in jene des Munizipiums zu übertragen. Der Klerus will die Trennung, die Regierung bewerkstelligen sie. Die protestirenden Bischöfe gaben dem Ministerium eine Lektion, folgen wir ihrem Beispiele“

Mailand, 25. Mai. Die heutige „Perseveranza“ meldet: Die römische Petition soll dem Könige Viktor Emanuel durch den Herzog Sforza Cesarini, Lorenzini und Silvestri, dem Kaiser Napoleon durch den Fürsten von Piombino, Gabrielli und Frederici überreicht werden.

Der Prozeß bezüglich der an den Ereignissen vom 22. d. M. theilhaftigen Personen wird mit großer Thätigkeit betrieben.

Die von der Pforte selbst ausgehende Zustimmung — schreibt die „Dest. Ztg.“ — zur Vereinigung der Moldau und Walachei unter einen Fürsten dürfte in der nächsten Zukunft das bereits in früherer Zeit ange-regte Prästendentum für einen rumänischen Staat neuerdings auf's Tapet bringen. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, hört man bereits hie und da den Prinzen Carignan und den Grafen von Flandern als Prästendenten in petto nennen, und es braucht unter solchen Umständen kaum bezweifelt zu werden, daß auch ein Herzog von Leuchtenberg und noch manch' anderer Sprößling von Regentenhäusern projektirt werden würde. Immerhin dürfte aber dann die Frage wegen des Hauptbekenntnisses des zu wählenden Fürsten den Hauptauschlag geben, da die Rumänen bekanntlich der griechisch-orthodoxen Kirche angehören, was die Wahl eines katholischen Fürsten als kaum denkbar erscheinen läßt.

New-York, 16. Mai. Die Virginier entfernten die Ueberreste Washington's von Mount Vernon. Lincoln zeigt den fremden Mächten an, er werde die Verbindung mit denjenigen der fremden Mächte abbrechen, welche Kommissäre der Rebellenstaaten anerkennen.

Urad, 27. Mai. Heute haben auch in unserer Stadt die Steuerexekutionen begonnen, u. z. wurde mit den Spiritusbrennereien der Anfang gemacht, von denen jede eine Militärbequartierung von je 26 Mann erhielt.

* Heute Nachmittags 4 Uhr findet das Leichenbegängniß des am 26. verstorbenen Finanz-Konzipisten Gustav Labigb statt. Da derselbe als Honvéd-Oberleutnant an den Kämpfen in den Jahren 1848 und 1849 Theil genommen und damals auch schwer verwundet wurde, wird sich an der Leichenfeier auch der hiesige Honvéd-Verein theilnehmen.

* Aus Debreczin wird uns mitgetheilt, daß dort einige Herren die bei ihnen einquartierten Soldaten mit ausgezeichnete Zuvorkommenheit behandeln. Sie fahren mit ihnen spazieren, führen sie zum Konditor, kurz sie behandeln sie mit der hingebendsten Gastfreundschaft.

* Am 2. Juni findet in der Pester reformirten Kirche der Trauergottesdienst für den Grafen Teleki László statt.

Ganzj
Halbj
Biertel
Mit
Ganzj
Halbj
Biertel
Das
N
Blatte
Berath
dürfte
und in
Anficht
schriebe
ten be
fangs
sollen
ferenzen
den, d
ob Ab
stimmu
telst
jes v
Abstim
Antrag
sagant
Verlan
Haufse
zupre
künftig
den d
schen,
werden
nahme
Europ
länger
so doc
welche
einneh
erfreu
Kolom
lefi, d
ger A
Dreiß
der g
diente
Schla
wie d
gehau
einem
Schla
alte
energ
vativ
mitat
Dppe
Zür
den r
obrist
pikan
cheny
der d
nen
komm
schaft
berei
tatio
der
seiner
Wer
die d
wund
komm
wir
Der
ausg
verfi
dene
ner
Siz
meiß
Pate
vish
den
auf
zur
send
hier
Mil
Feb
wie